

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Deutsch-Ukrainischer
Agrarpolitischer Dialog

Ausgabe 12/2012

beim Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung

NEUIGKEITEN AUS DER AGRAR-
UND ERNÄHRUNGSPOLITIK

Aktuelle Änderungen des "grünen" Tarifs in der Ukraine: Neue Anreize, alte Barrieren

Autoren

Yulia Ogarenko
ogarenko@apd-ukraine.de

Oleg Nivievskyi
nivievskyi@apd-ukraine.de

Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)
Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER)

Reytarska 8/5 A, 01030 Kiew
Tel. (+38044) 235-7502, 235-6327

Die aktuellen Änderungen der Gesetzgebung über Anreize zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen verbessern die Entwicklungschancen von Biogas-Projekten, Photovoltaikanlagen in privaten Haushalten und kleinen Wasserkraftwerken. Unklare Verfahren und überzogene Forderungen an den Mindestanteil einheimischer Bestandteile wiegen die bezzielten Verbesserungen auf und verzögern die schnelle Entwicklung in diesem Bereich. Solange diese Probleme nicht vollständig gelöst sind wird sich Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in der Ukraine langsamer als in der EU entwickeln.

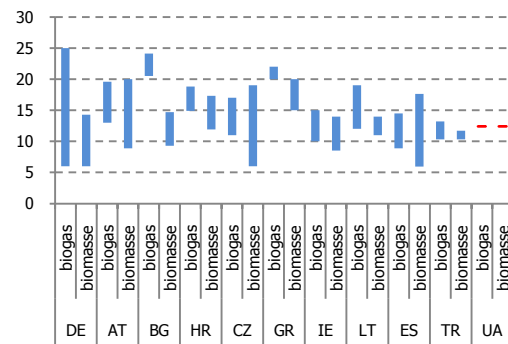
Das neue Gesetz Nr. 5485-VI "Über Änderungen des Gesetzes der Ukraine "Über die Stromerzeugung" (das die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen fördert) wurde durch den Präsidenten am 29. November unterzeichnet und tritt am 1. April 2013 in Kraft. Das Gesetz verändert wesentlich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Bereichs der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in der Ukraine. So wird der grüne Tarif für Solaranlagen gesenkt – eine vernünftige Entscheidung, da der "grüne" Koeffizient auf derzeitigem Niveau von 4,4-4,8 (je nach der Kapazität) unbegründet hoch im Vergleich mit ähnlichen Anreizen in den EU-Ländern ist. Es ist schwierig, ökologische oder gesamtwirtschaftliche Überlegungen hinter diesen hohen Tarifen zuerkennen – es geht offensichtlich um die Interessen einzelner Unternehmen. Gleichzeitig erweitern die aktuellen Änderungen die Anwendung des Tarifs auch für private Photovoltaikanlagen und die darüber produzierten Stromüberschüsse bzw. –Einspeisungen. Allerdings müssen die konkreten Verwaltungsverfahren noch von der Staatlichen Stromaufsicht (SSA) definiert werden. Das Gesetz zielt darauf ab, Anreize zur breiteren Nutzung von Solarenergie durch private Haushalte zu schaffen. Darüber hinaus wird der "grüne" Koeffizient für kleine Wasserkraftwerke erhöht und je nach ihrer Kapazität differenziert. Außerdem werden nun auch Biogas-Anlagenbetreiber berechtigt sein, Strom unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Obwohl der "grüne" Koeffizient 2,3 (der gleiche wie bei den Biomasse-Anlagen) zur Unterstützung der Stromerzeugung aus Biogas eingeführt wurde, müssen auch hier noch einige Bestimmungen geklärt und verbessert werden, um Investitionen anzuziehen und die langfristige nachhaltige Entwicklung der Biogas-Branche in der Ukraine zu sichern.

Erstens, muss eine klare Definition von "Biomasse" entwickelt und damit eine eindeutige Richtlinie über die Berechtigung von Projektanträgen ausgearbeitet werden. Obwohl die aktuellen Änderungen auch „Abfälle tierischen Ursprungs“ als Biomasse definieren, bestehen noch Unklarheiten. Im Moment debattieren die Marktteilnehmer darüber, ob die Stromerzeugung mit Holzpellets sowie Silage-basierte Biogas-Anlagen in der neuen Definition von "Biomasse" einbegriffen sind, die zunächst nur Abfälle (also keine Produkte) aus der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei abdeckt. Mit den Neuerungen soll das gesamte Verfahren der Erlangung eines Einspeisetarifs und die Einspeisung ins öffentliche Stromnetz vereinfacht und transparenter gemacht werden.

Zweitens, bleibt die Frage offen, ob die neu eingeführten Koeffizienten für den aus dem Biogas erzeugten Strom hoch genug sind, um den Investoren eine akzeptable Amortisationsdauer zu garantieren. Dazu wurde bisher kein Konsens unter den Marktteilnehmern erreicht. Einige Unternehmen behaupten, dass der Koeffizient 2,3 „besser als gar nichts“, während andere der Meinung sind, der neue Tarif sei zu niedrig, um Investitionen in Biogas-Projekte zu fördern. Zum Beispiel zeigen die Berechnungen der Ukrainischen Bioenergetischen Assoziation, dass sich die Investitionen unter dem grünen Koeffizienten 2,3 erst in 15-20 Jahren auszahlen – viel zu lange für potentielle Investoren. Bemerkenswert ist, dass der erste Gesetzentwurf hierzu einen den Koeffizienten 2,7 vorsah, der eine Amortisationszeit von 7-8 Jahren sichern würde. In einer Reihe von EU-Ländern ist der Einspeisetarif für Biogas-Anlagen differenziert je nach ihrer Kapazität und – aufgrund der höheren Baukosten – in der Regel höher als für die Projekte, bei denen der Strom aus der Biomasse erzeugt wird (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1. Einspeisetarife für Biogas- und Biomasse-Projekte in einer Reihe von EU-Ländern und der Ukraine (in Cent / kWh)



Quelle: eigene Darstellung, basiert auf Daten von <http://www.res-legal.eu>. Der geschätzte "grüne" Tarif für die Ukraine basiert auf dem Koeffizient 2,3 für die Stromerzeugung aus Biogas und Biomasse.

Außerdem gilt der "grüne" Tarif für die Biogas-Projekte in der Ukraine nur für diejenigen, die ab April 2013 in Betrieb gehen werden. Das schafft unfaire Bedingungen für die Biogas-Produzenten (etwa 10 Biogasanlagen), die bereits die Biogasanlagen gebaut und die Stromerzeugung gestartet haben und die in ihren Geschäftsplänen von einer staatlichen Förderung über den "grünen" Einspeisetarif ausgegangen waren. Bereits 2011 stimmten nämlich die Abgeordneten des Werchowyna Rada für den grünen Tarif bei Biogas-Projekte. Dieses Gesetz wurde aber vom Präsidenten abgelehnt. Nun wird der Einspeisetarif für Biogas vom Parlament unterstützt und vom Präsidenten unterzeichnet, aber die früher gebauten Anlagen werden diskriminiert. Eine solche inkonsistente, diskriminierende Politik der Regierung behindert u.a. ausländischen Investitionen in die erneuerbare Energieerzeugung in der Ukraine.

Schließlich verhindert der Mindestanteil lokal erzeugter Bestandteile den Bau von Biogasanlagen in der nahen Zukunft (30% bei den Biogasanlagen, die ab 2014 in Betrieb gehen, und 50% bei denen, die ab 2015 ans Netz gehen werden). Große Biogasanlagen benötigen alleine für den Aufbau 2-3 Jahre, so dass die Projektbetreiber einen Anteil lokalen Anteil an Bestandteilen von 50% absichern müssen, was im Moment unrealistisch erscheint. Derzeit hat die Ukraine keine inländischen Produktionskapazitäten, um die Erfüllung dieser Mindestanteil-Anforderung bei Biogasanlagen zu ermöglichen. Deswegen sollte die Einfuhr von Biogasanlagen nicht eingeschränkt werden. Darüber hinaus wird die Durchsetzung des Mindestanteils von lokal erzeugten Bestandteilen als ein Anreiz zur Herstellung von Maschine bzw. Ausstattung prinzipiell auch in anderen Wirtschaftssektoren in der ökonomischen Literatur kritisiert, da sie oft ineffiziente Kapazitäten schafft und die angestrebten Ziele nicht erreicht. Außerdem schafft sie Barrieren für den internationalen Handel mit Maschinen / Ausstattung, was eindeutig gegen die WTO-Regeln verstößt (siehe auch Ausgabe 11 von Agri-Food Policy Review des APD).

Es liegt die Schlußfolgerung nahe, dass es möglich wird, die Vorteile des Einspeisetarifs und die kürzlich eingeführten Anreize im vollen Umfang zu nutzen, wenn die Regierung eine konsistente, faire und berechenbar Strategie verfolgt sowie transparente Verwaltungsverfahren entwickelt. Erfahrungen aus verschiedenen EU-Ländern zeigen, dass es sinnvoll ist, die "grünen" Tarife für Biogas- und Biomasse-Anlagen je nach ihrer Kapazität und den eingesetzten Rohstoffen zu differenzieren, um eine gewisse Chancengleichheit für die verschiedenen Bioenergie - Produzenten zu schaffen. Darüber hinaus empfiehlt es sich den Mindestanteil der lokal erzeugten Bestandteile von Biogas-Anlagen abzuschaffen, da es eine wirtschaftlich ineffiziente Politik per se ist und die inländische Produktion der erneuerbaren Energie nicht effizient fördert. Auch die Wirtschaft könnte eine wichtige Rolle durch ein Lobbying ihrer Interessen über einen gemeinsamen, sektorübergreifenden Ansatz mit Hilfe der Fachverbänden spielen.